

Fragenkatalog zur Anhörung „Regulierung des Prostitutionsgewerbes“ am 12.06.2014

Allgemeine Hinweise: Bitte nutzen Sie den untenstehenden Fragekatalog für Ihre Stellungnahme und senden Sie Ihre Stellungnahme bitte per E-Mail bis spätestens am 02.06.2014 an: veranstaltung@bafza.bund.de. Für technische oder organisatorische Rückfragen steht Ihnen Frau Svenja Hopka (Tel.Nr. 030/2061375 13 BAFzA Veranstaltungsmanagement) zur Verfügung; bei inhaltlichen Rückfragen können Sie sich auch an das zuständige Fachreferat im BMFSFJ, 403@bmfsfj.bund.de oder an Frau Niebuer, 03018 555 2867 wenden.

Der Fragebogen richtet sich an unterschiedliche Fachkreise; beantworten Sie jeweils die Fragen, durch die Sie sich angesprochen sehen. Für weiterführende Fragen und Bemerkungen ist am Ende des Fragebogens Raum gelassen.

A.	<p>Ziele und Regelungsbereiche eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes:</p> <p>Was sind die wichtigsten Ziele und die wichtigsten Regelungsbereiche eines Gesetzesvorhabens zur Regulierung von Prostitution? Welche Auswirkungen erwarten Sie von einem solchen Gesetz?</p> <p>Das 2002 in Kraft getretene ProstG erkennt Prostitution als Beruf an, hebt die rechtliche Diskriminierung von Prostituierten jedoch nur teilweise auf. Es bestehen neben dem ProstG weiterhin Sondergesetze bspw. in den Bereichen Polizeirecht der Länder, Baurecht und Baunutzungsrecht, die juristisch nicht haltbar sind aufgrund der rechtlichen Anerkennung der Tätigkeit in der Prostitution als Beruf. Das bestehende Gesetz muss nachgebessert werden, die betreffenden Gesetze müssen dementsprechend angepasst werden.</p> <p>Das neue Gesetzesvorhaben sollte zu einer dauerhaften Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen von Sexarbeiterinnen und Sexarbeitern führen durch a) die rechtliche und soziale Gleichstellung mit anderen Erwerbstätigen (Gleichstellung der Sexarbeit mit anderen Erwerbstätigkeiten), b) die Entkriminalisierung der Sexarbeit und Entstigmatisierung der Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sowie c) eine größere Transparenz der Prostitutionsstätten mit den erforderlichen Rechtssicherheiten. Sexarbeit sollte als freier Beruf für selbstständige Sexarbeiter/innen anerkannt werden. Die Möglichkeit sozialversicherungspflichtiger Angestelltenverhältnisse sollte jedoch unbedingt bestehen bleiben.</p> <p>Um dies zu erreichen, müsste die Ausarbeitung eines neuen oder erweiterten Gesetzes partizipativ erfolgen, d.h. im Prostitutionsgewerbe Arbeitende müssen in die Planung mit einbezogen werden.</p> <p>Ausgehend von der Gleichstellung und Integration der Prostitutionsbranche als Beruf bzw. Geschäft sollte die Zuständigkeit für das</p>
-----------	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

	<p>Gesetz beim Arbeits- bzw. Wirtschaftsministerium liegen, denn legale Erwerbstätigkeiten werden in Deutschland in der Regel nicht über das Strafrecht, sondern über das Arbeits- oder Vertragsrecht geregelt. Diese Möglichkeiten der Regelung reichen auch für die Prostitutionstätigkeit aus.</p> <p>Die Länder und Kommunen müssen Befugnisse erhalten.</p> <p>Oben genannte Sondergesetze müssen angepasst oder gestrichen werden. Da es sich teilweise um „Länderrecht“ handelt, muss eine Aufforderung zur Umsetzung des neu entstandenen Gesetzes auf Länder- und kommunaler Ebene gesichert werden.</p>
B.	<p>Anwendungsbereich des Gesetzes:</p> <p>Welche Angebotsformen von sexuellen Dienstleistungen bzw. Dienstleistungen und Betrieben im Umfeld von Prostitution sollen durch das Gesetz erfasst werden? Welche nicht?</p> <p>Prostitutionsstätten sollten definiert werden als Betriebe, die dem primären Zweck dienen, Menschen Gelegenheit und Raum zu entgeltlichen sexuellen Dienstleistungen bieten. Es sind dies Leistungen, die aufgrund eines Rechtsverhältnisses zwischen volljährigen und geschäftstüchtigen Sexarbeiter/innen und Kund(inn)en (oder mehreren) freiwillig erbracht werden (ProstG). Weitere siehe unter Regelungen.</p>
C.	<p>Regelungen für Prostitutionsstätten und ähnliche Betriebe:</p>
C.I.	<p>Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten und ggf. weitere Formen des Prostitutionsgewerbes</p> <p>Welche Angebotsarten sollten als Prostitutionsstätte einer Erlaubnispflicht unterstellt werden?</p> <p>Die Erlaubnispflicht für Prostitutionsstätten sollte durch das Gewerberecht geregelt werden.</p> <p>Die einzelnen Segmente in der Prostitutionsbranche sind sehr vielfältig. So urteilte das Verwaltungsgerichts Berlin am 05. Mai 2009, VG 19 A 91.07:</p> <p>„Angesichts der unklaren Begrifflichkeiten und der Vielschichtigkeit der Erscheinungsformen prostitutiver Einrichtungen (Bordelle, Swinger-Clubs, Laufhäuser, Massagesalons, Terminwohnungen, Modellwohnungen, bordellähnliche Einrichtungen, Escortservice, Bars, etc.:) und des mit den jeweiligen Betriebsformen und Betriebsabläufen verbundenen Störpotenzials ist für die planungsrechtliche Zulässigkeit die typisierende Betrachtungsweise nach Auffassung der Kammer grundsätzlich ungeeignet.“</p> <p>Um die Begrifflichkeiten zu klären, könnten feste Betriebstätten wie bspw. Termin-/Wohnungen, Clubs, Bars, Sexkinos, Absteigen/Hotels, Massagestudios, SM-Studios, fkk-Wellnessoasen, Laufhäuser, Eroszentren als Prostitutionsstätten insbesondere im</p>

Hinblick auf das Gewerberecht definiert werden.

Nicht zu den Prostitutionsstätten sollten der Straßenstrich und Love-Mobile auf öffentlichem Straßenland zählen.

Sollte eine Erlaubnispflicht neben Bordellen und ähnlichen festen Betriebsstätten auch für weitere Formen des Prostitutionsgewerbe gelten (z.B. Escort- Agenturen, Wohnmobil-Prostitution, Prostitutions-Veranstaltungen)?

Die Umsetzung einer Erlaubnispflicht für die o.g. Formen der Prostitution scheint schwer umsetzbar.

Welche Regelung sollte für die Wohnungsprostitution gelten?

Das Gesetz kann nicht für privat angemieteten Wohnraum, in der die Sexarbeiterin ohne Befristung wohnt und arbeitet, gelten (Art. 13 GG schützt alle Räumlichkeiten, die einem Wohnzweck gewidmet wurden), auch nicht für den Bereich Escort/Haus- und Hotelbesuche. In einem weiteren Segment der Wohnungsprostitution arbeiten Frauen selbstständig und unabhängig, in dem sie sich zu zweit oder dritt gemeinsam eine Wohnung anmieten. Ihr Geschäftsmodell und ihre Existenz können durch Auflagen, wie sie für große feste Betriebsstätten gelten, zerstört werden.

Zur Wohnungsprostitution urteilt das Hessische Verwaltungsgerichtshofs, 8. Senat, vom 31. 01. 2013, 8 A 1245/12:

Kein Verbot öffentlich nicht wahrnehmbarer Wohnungsprostitution – § 6 BauNVO (Mischgebiet) + Art. 297 Abs. 1 EGStGB- ProstG
„Die weitgehende Legalisierung der Prostitution durch das am 01. Januar 2002 in Kraft getreten Prostitutionsgesetz hat allerdings eine Beschränkung der Ermächtigungsreichweite bei der Anwendung dieser Vorschrift zur Folge, die im vorliegenden Fall entscheidungsrelevant ist. Zwar macht das Prostitutionsgesetz, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem im Zusammenhang zitierten Kammerbeschluss vom 28. April 2009 – 1 BvR 224/07 – (...) festgestellt hat, die weiterhin gültige Verordnungsermächtigung in Art. 297 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EGStGB nicht obsolet; dieses Gesetz und der darin manifestierte Wandel der gesellschaftlichen Akzeptanz der Prostitution verbietet es jedoch, bei der Anwendung dieser Bestimmung allein ihre Ausübung außerhalb ausgewiesener Toleranzzonen ohne konkrete Bewertung daraus resultierender schädlicher Auswirkungen auf die Nachbarschaft, insbesondere auf dort lebende Jugendliche und Kinder als Störung der öffentliche Sicherheit oder Ordnung einzustufen (...).“ Und weiter: „Dieses geänderte Normenverständnis hat die Auswirkung, dass eine öffentlich nicht wahrnehmbare Prostitutionsausübung, wie sie hier vorliegt, nicht mehr durch den Vollzug einer Sperrgebietsverordnung unterbunden werden kann, die keine konkrete Belästigung der Öffentlichkeit durch Begleiterscheinungen der Prostitution voraussetzt.“

	<p>Welche Voraussetzungen sollten für die Erteilung einer Erlaubnis gelten – ggf. abgestuft nach Angebotsformen?</p> <p>Voraussetzungen für Sexarbeiter/innen in der Prostitutionsstätte:</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Würde sowie die Berufsinteressen der Sexarbeiter/innen sind zu schützen • ihre Selbstständigkeit, Selbstbestimmungen und Selbstverantwortung im beruflichen Kontext unter Achtung der Menschenwürde müssen bewahrt und gefördert werden • durch die Einhaltung von Anforderungen der Hygiene und Arbeitsbedingungen soll ausreichender Schutz der Sexarbeiter/innen und Kunden vor Infektionen gewährleistet und sichergestellt werden • die Professionalisierung und Fortbildung der dort Arbeitenden muss gefördert werden • es muss sichergestellt sein, dass Sexarbeiter/innen und Kunden freiwillig miteinander verkehren, angemessene Entgelte verlangt werden und ein Qualitätsmanagement betrieben wird • Die Betreiberin/der Betreiber muss die notwendige Zuverlässigkeit nachweisen (siehe zu § 38 GewO) <p>Sollte für bestimmte Betriebsformen / Angebote im Bereich der Prostitution anstelle einer Erlaubnispflicht eine Überwachungspflicht nach dem Vorbild von § 38 GewO normiert werden? Wenn ja, für welche?</p> <p>Im Interesse aller Beteiligten muss vermieden werden, dass Prostitutionsstätten von „unzuverlässigen Betreiber/innen“ eröffnet werden. Bei einer Anmeldung als ein nur „Anzeigepflichtiges Gewerbe“ könnten hier Lücken entstehen. Die Anmeldung als „Überwachungsbedürftiges Gewerbe“ beinhaltet eine gewünschte Zuverlässigkeitsprüfung mit Führungszeugnis und Auskunft aus dem Gewerbezentralregister. Eine Gewerbeuntersagung kann wegen „Unzuverlässigkeit“ erfolgen. Dieser Begriff ist juristisch jedoch nicht geklärt und eröffnet damit die Möglichkeit willkürlicher Entscheidungen auf Landesebene. „Unzuverlässigkeit“ müsste in diesem Zusammenhang präzisiert werden.</p> <p>Selbstständig tätige Prostituierte unterliegen nicht den Bestimmungen der GewO. Das muss so bleiben. Würden sie ein Gewerbe als Einzelperson anmelden müssen, erschienen Daten wie ihr privater Wohnort im Gewerbezentralregister. Dies ist öffentlich einsehbar und es bestünde die Gefahr der Bedrohung von Stalkern und Erpressern.</p>
C.II.	<p>Auflagen, fachgesetzliche Vorgaben, „Mindeststandards“ für Prostitutionsbetriebe</p> <p>In welcher Weise sollten (räumliche, gesundheitsbezogene, sicherheitsbezogene) Vorgaben an die Gestaltung von Prostitutionsstätten zum Schutz der im Sexgewerbe Tätigen bzw. ihrer Kunden sowie der Nachbarschaft, der Jugend, der Allgemeinheit geregelt werden?</p>

	<p>Siehe auch C.I.</p> <p>Mindeststandards für Prostitutionsstätten sollten in enger Kooperation mit Sexarbeiter/innen, Betreiber/innen und zuständigen Behörden (bspw. Gesundheitsamt, Gewerbeamt und Baubehörden) formuliert und entwickelt werden. Entsprechende Expert(inn)en sind bspw. im Berufsverband erotische und sexuelle Dienstleistungen (BESD) oder im Bündnis der Fachberatungsstellen für Sexarbeit (Bufas) organisiert.</p> <p>Durch eine partizipative Entwicklung von Mindeststandards könnte Transparenz für alle Seiten entstehen. Von den Behörden geforderte besondere Instrumente zur ordnungspolitischen Kontrolle und Registrierung sowie der Bekämpfung von Gewalt, Zwang und Illegalität wären dann unnötig. Für Bordellbetreiber/innen würde Rechtssicherheit geschaffen, für die hier arbeitenden Frauen mehr Arbeitsschutz. Allerdings sollten Sondergesetze und höherer Mindeststandards als für andere Gewerbe ausgeschlossen werden. In unterschiedlichen Zusammenhängen (bspw. bei der Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales in Berlin, Fachverbänden wie Bufas) werden in Arbeitsgruppen partizipativ bereits Vorschläge für Mindeststandards erarbeitet.</p> <p>Welche Vorgaben sollten gesetzlich bzw. durch Verordnung geregelt werden, welche können ins Ermessen der ausführenden Behörden gestellt werden?</p> <p>Partizipativ erarbeitete Mindeststandards sollten im Zuge einer Selbstverpflichtungserklärung durch die Betreiber/innen verbindlich werden und bei der Überprüfung von Prostitutionsbetrieben berücksichtigt werden. Mindeststandards sollen sowohl für die Räume, für die Hausordnung als auch für die die Leitung des Betriebes erlassen werden.</p>
C.III	<p>Untersagung bzw. Verbote</p> <p>Unter welchen Voraussetzungen soll der Betrieb eines Prostitutionsgewerbes untersagt werden können? Sollten Verbote vorgesehen werden?</p> <p>Der Betrieb einer Prostitutionsstätte sollte untersagt werden, wenn die entsprechenden Anforderungen nicht erfüllt sind oder der Betreiber/ die Betreiberin dagegen verstößt. Es sollte die Möglichkeit bestehen, entsprechende Mängel innerhalb einer Frist zu beheben oder zu ändern.</p>
C.IV.	<p>Pflichten des Betreibers</p> <p>Siehe C.I bis C.III</p>
D.	Anzeige- /Anmeldepflicht für Prostituierte:
D.I.	Sollten Prostituierte bzw. Personen, die sexuelle Dienstleistungen gewerblich anbieten wollen, verpflichtet werden, die Aufnahme ihrer

	<p>Tätigkeit bei der zuständigen Behörde anzuzeigen? (ggf.: einmalig / bei jedem Ortwechsel/ bei Beendigung)?</p> <p>Die Anzeigepflicht besteht derzeit gegenüber dem Finanzamt (selbstständige Tätigkeit). Im Angestelltenverhältnis erfolgt eine Anmeldung durch den Arbeitgeber. Dies sollte beibehalten werden in dem Sinne, dass Sexarbeit als legale Erwerbstätigkeit ohne Sondergesetze behandelt wird.</p> <p>Eröffnet ein/e Sexarbeiter/in einen eigenen Betrieb und es findet ein „Rollenwechsel“ zum/r Betreiber/in statt, gelten die dort festgeschriebenen Vorschriften.</p>
D.II.	<p>Wenn ja: Ausgestaltung der Anzeigepflicht:</p> <p>Sollte die Anmeldung mit einer Beratung /Information durch die zuständige Behörde bzw. damit betraute Stellen verknüpft werden?</p> <p>Es sollten Information- und Beratungsangebote der zuständigen Behörden an alle Akteure im Prostitutionsgewerbe vorgehalten werden.</p> <p>Sollte die Anzeige mit einer Pflicht zum Nachweis einer bestehenden Krankenversicherung oder weiteren Nachweisen verknüpft werden?</p> <p>Seit dem 1.4.2007 (für Freiberufler und Selbstständige seit 1.1.2009) besteht Krankenversicherungspflicht. Wer die Beiträge nicht selbst zahlen kann erhält ggf. Unterstützung durch das Sozialamt. Der Nachweis einer Krankenversicherung wäre insofern sinnvoll. Insbesondere für Sexarbeiter/innen mit Migrationshintergrund stellt dieser Nachweis eine Hürde dar, die sie in die Illegalität drängen würde. Hier müsste eine politische Regelung für die Versicherungsmöglichkeiten für Migrantinnen und Migranten gefunden werden, von der dann auch Sexarbeiter/innen profitieren können.</p> <p>Welchen Nachweis sollten Prostituierte über die erfolgte Anmeldung erhalten, und wofür könnten sie diesen nutzen?</p> <p>Die Finanzbehörden sollten die Anmeldung der selbstständigen Tätigkeit schriftlich bestätigen. Da viele Sexarbeiter/innen bundesweit tätig sind, sollte die Anmeldung bei einem Finanzamt erfolgen und die Steuern auch nur an ein Finanzamt abgeführt werden. So würde die Aufnahme einer Tätigkeit bundesweit vereinfacht, auch für die Betreiber/innen.</p> <p>Welche Folgen sollten an einen Verstoß gegen die Anzeigepflicht geknüpft werden?</p>

	<p>Verstöße gegen das Steuerrecht für Selbstständige und Angestellte sind dort bereits festgeschrieben.</p> <p>Durch welche Stelle bzw. in welcher Form sollten die Meldedaten der Prostituierten aufgenommen bzw. registriert werden?</p> <p>Da es keine Registrierung für Prostituierten geben soll, gelten die allgemeinen Meldebestimmungen zur Anmeldung am Wohnsitz und der entsprechende Datenschutz innerhalb von Behörden. Sondergesetze sollten hier nicht eingeführt werden.</p> <p>Wie sollten ggf. Auskunftsrechte (z.B. im Vergleich zur Gewerbeauskunft) ausgestaltet werden, um schutzwürdigen Belange von Prostituierten Rechnung zu tragen?</p> <p>Siehe E</p>
E.	<p>Überwachungs- und Kontrollbefugnisse:</p> <p>Wie sollten die behördlichen Nachschau-, Überwachungs- und Kontrollbefugnisse und -pflichten ausgestaltet werden? (ggf. Regelungsvorbilder aus anderen Gesetzen benennen)</p> <p>Bei fast allen Polizeistellen werden sog. Prostituierten- und Zuhälterkarteien über Personen, die bei Kontaktgängen, bei Kontrollen und Razzien angetroffen werden, geführt. Diese Personen werden registriert, auch wenn ordnungs- und strafrechtlich nichts gegen sie vorliegt. Dies ist ein Verstoß gegen die Persönlichkeitsrechte und gegen geltende Datenschutzbestimmungen, worauf die zuständigen Datenschutzbeauftragten der Länder schon mehrfach hingewiesen haben.</p> <p>Die Vorgehensweise ist ein weiteres Beispiel für die zunehmende Diskriminierung und Kriminalisierung von legal in der Prostitution Arbeitenden. Sie ist auch ein Beweis für die Nichtanpassung von Polizeigesetzen entsprechend dem bestehenden ProstG. Da die Daten nicht als Beweise in Strafverfahren verwendet werden können, sollten sie gelöscht werden und diese Form der Datensammlung untersagt werden.</p> <p>Zahlen des BKA für 2012 belegen, dass die Zahl der Opfer von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung 612 beträgt (2011: 640). Die Kernaufgaben der Polizei sind Verbrechensbekämpfung und – Verfolgung auch im Bereich der Prostitution. Eine Überwachung im Sinne des Gewerberechts gehört nicht zu ihrer Aufgabe.</p> <p>In den Diskussionen der letzten Monate wird Prostitution häufig in Verbindung gebracht mit Menschenhandel. Hier sollte strikt getrennt werden, denn Gesetze des StGB und des BGB bieten eine ausreichende Grundlage, strafrechtlich zu verfolgende Tatbestände wie sexuelle Nötigung/Vergewaltigung (§ 177 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Nötigung (§ 240 StGB), sittenwidriges</p>

	<p>Rechtsgeschäft/Wucher (§ 138 BGB) und Ausbeutung (§ 134 BGB) zu ahnden.</p> <p>Der Sonderparagraph § 232 StGB (Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung) ist demnach ebenfalls nicht notwendig. § 233 StGB „Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft“ ist völlig austreichend, um entsprechende Arbeitsverhältnisse und Ausbeutung zu verfolgen.</p>
F.	<p>Weitere Regeln für die Ausübung der Prostitution:</p>
F.I.	<p>Mindestalter für eine Tätigkeit in der Prostitution:</p> <p>Sollte ein Mindestalter von 21 Jahren für die Ausübung der Prostitution vorgeschrieben werden?</p> <p>In Deutschland wird die Volljährigkeit mit der Vollendung des 18. Lebensjahres erlangt, § 2 BGB. Damit wird die Person voll geschäftsfähig und erhält zugleich das passive Wahlrecht auf kommunaler und Bundesebene, auch das Recht eigenverantwortlich über ihre sexuellen Kontakte zu entscheiden. Die Sonderregelung für 18 bis 20 Jährige im Bereich der Prostitution war als Schutz für eine besonders vulnerable Gruppe gedacht. Dies führt jedoch eher zu erhöhten Risiken. Der Zugang zu sicheren Arbeitsplätzen in festen Häusern ist dadurch nicht möglich. Es bleibt als Alternative die Arbeit auf dem Straßenstrich. Sie birgt bekanntlich mehr Risiken, insbesondere für Personen mit geringen Erfahrungen in der Prostitution. Zudem würde die Erreichbarkeit für Präventionsangebote weiter erschwert.</p> <p>Die Schutzaltersgrenze ab dem 18. Lebensjahr gilt ebenso für das im Grundgesetz verbrieftte Recht auf freie Wahl des Berufes und des Ausbildungs- und Arbeitsplatzes sowie für § 180 StGB (Förderung sexueller Handlungen Minderjähriger) und § 182 (Sexueller Missbrauch von Jugendlichen).</p> <p><u>Wenn ja</u>, wie sollte dieses ausgestaltet sein? Sollte es sanktionsbewehrt sein?</p>
F.II.	<p>Kondompflicht: Befürworten Sie eine rechtliche Verpflichtung zur Verwendung von Kondomen für (weibliche und männliche) Prostituierte und deren Kunden?</p> <p>Sinnvolle Präventionskonzepte im Bereich der Prostitution sollten in erster Linie auf Professionalisierung der Sexarbeiter/innen abzielen um “Safer-Work-Strategien“ zu etablieren und die Handlungskompetenz der Prostituierten in der Begegnung mit Freiern zu stärken. Letztendlich liegt es immer bei der Prostituierten, die Kondombenutzung gegenüber dem Kunden durchzusetzen, da der Kunde trotz Kondompflicht ungeschützten Verkehr nachfragen wird.</p> <p>Wie die seit 2001 in Bayern bestehende Kondompflicht gezeigt hat, sind Kriminalisierung und staatliche Repressionen kontraproduktiv.</p>

	<p>Sexarbeiterinnen ziehen sich aufgrund der Repressalien eher zurück und sind für Aufklärung nicht mehr erreichbar. Die HIV/STI-Prävention in Deutschland ist im europäischen Vergleich nur deshalb so erfolgreich ist, weil sie durch Aufklärung und Information eigenverantwortliches Handeln fördert. In diesem Zusammenhang ist auch eine akzeptierende präventive Arbeit mit Kunden in der Prostitution sinnvoll und wünschenswert. Die Deutsche AIDS-Hilfe (DAH) unterstützt durch Materialien die Ansprache von Freiern. Aus Präventionssicht werden Freier als Teil der Allgemeinbevölkerung und als Teil der schwulen Szene angesprochen und aufgeklärt. Eine aktive Ansprache von Freiern durch Kampagnen ist darüber hinaus wünschenswert. Diese steht jedoch vor der Schwierigkeit, dass die Kategorie „Freier“ in den seltensten Fällen eine Selbstzuschreibung oder Selbstdefinition ist. Daher muss die Freierarbeit partizipativ weiter entwickelt werden. Im Bereich der Prävention für schwule Männer hat die DAH mit dem Schwerpunkt „Sex4Cash“ in diesem Jahr die Kommunikation über dieses nach wie vor Tabubesetzte Thema begonnen.</p> <p>Wenn ja, sehen Sie <u>bundesgesetzlichen</u> Regelungsbedarf?</p>
F.III	<p>Werbung für sexuelle Dienstleistungen: Befürworten Sie ein Verbot der Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr? Sehen Sie sonstigen Gesetzgebungsbedarf im Zusammenhang mit Werbung für Prostitution?</p> <p>Generell muss eine Bewerbung von sexuellen Dienstleistungen möglich sein, um auch hier die Anerkennung der Prostitution als Beruf nachzukommen. Dafür müssen die entsprechenden Rechtsvoraussetzungen geschaffen werden.</p> <p>Ein Verbot von Werbung für ungeschützten Geschlechtsverkehr wäre wünschenswert und könnte trotz genereller Werbemöglichkeit gelten. Es wird allerdings nur begrenzt als Stärkung von „Safer Sex“ Verhalten wirken, da die Nachfrage nach ungeschütztem Sex groß ist.</p>
F.IV.	<p>Sollten verpflichtende Gesundheitsuntersuchungen für Prostituierte vorgesehen werden?</p> <p>Wir schließen uns der Analyse des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzten des öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD d.V.) an: Eine Untersuchungspflicht für Prostituierte ist keine geeignete Maßnahme zur Eindämmung der Ausbreitung von STI. Sie ist nicht notwendig, um die Verbreitung von STI zu verhindern (siehe Epidemiologische Daten des RKI seit Einführung des IfSG), und schadet mehr als sie nützt. Aufgrund des IfSG ist eine Untersuchungspflicht nicht in Übereinstimmung mit geltenden Rechtsnormen.</p> <p>Vielmehr ist flächendeckend die Möglichkeit zur freiwilligen, anonymen und kostenlosen Gesundheitsvorsorge zu schaffen. Diese Angebote sind auch von Prostituierten ohne Versicherungsschutz nutzbar, über die Gesundheitsämter und Präventionsprojekte, Streetwork und aufsuchende Arbeit ist eine gute Prävention und Versorgung in den verschiedenen Segmenten der Prostitution zu</p>

	<p>erreichen. Diese Angebote müssen gestärkt und ausgebaut werden. Bisher haben sich Aufklärung und Förderung der Eigenverantwortlichkeit als wirksam erwiesen, der Ansatz „Prävention statt Zwang“ hat sich bewährt. Eine Investition in den Ausbau dieser Angebote ist erfolgsversprechend, im Gegensatz zu Pflichtuntersuchungen, die Prostituierte abschrecken und in die Illegalität verdrängen.</p> <p><u>Wenn ja</u>, in welcher Weise und mit welcher Zielsetzung?</p>
F.V.	Sollten sonstige Regelungen für die Ausübung der Prostitution vorgesehen werden; und wenn ja welche?
F.VI.	<p>Zugang zu Beratung: Kann der Zugang von Menschen in der Prostitution zu gesundheitlichen und sozialen Beratungsangeboten <u>gesetzlich</u> gestärkt werden und wenn ja, durch welche Regelungen?</p> <p>Eine flächendeckende Förderung und Ausweitung der bereits existierenden Gesundheits-, Weiterbildungs- und Professionalisierungsangebote sowie kompetenter Sozial-, Rechts-, Einstiegs- und Umstiegsberatung sind notwendig. Die vorhandenen Fachberatungsstellen leisten bereits hervorragende Arbeit, sind jedoch oft von Kürzungen oder Schließung bedroht. Gesetzliche Regelungen, die die Finanzierung und Unterhaltung dieser Angebote vorschreiben, wären wichtig zur Sicherung der Angebote.</p> <p>Sehen Sie hierzu Gesetzgebungsbedarf auf Bundesebene?</p>
G	<p>Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden:</p> <p>Sehen Sie – in Ergänzung der geltenden Regelungen – gesetzgeberischen Klarstellungsbedarf im Rechtsverhältnis zwischen Prostituierten, Betreibern und Kunden; z.B. hinsichtlich der Präzisierung der Grenzen des Weisungsrechts oder zu sonstigen Aspekten?</p> <p>Durch die Gleichstellung der Sexarbeit mit anderen Erwerbstätigkeiten sind die geltenden Gesetze des Arbeitsrechts, Gewerberechts etc. maßgebend. So darf ein Arbeitgeber lediglich über Ort und Zeit des “Bereithaltens zur Prostitution” bestimmen (eingeschränktes Weisungsrecht). Über Art und Umfang der Sexualkontakte darf auch jetzt schon nicht verfügt werden.</p> <p>Angestelltenverhältnisse sind Grundlage für das Weisungsrecht. Sie kommen in der Prostitutionsbranche jedoch selten vor. Sexarbeiter/innen sind meistens selbstständig tätig und Betreiber/innen fungieren als Vermieter/innen von Räumlichkeiten. Sie dürfen nur mietrechtliche Vorgaben machen. Eine Abschaffung des Weisungsrechts würde auch an der Tatsache nichts ändern, dass Betreiber/innen als ausschließliche Vermieter/innen ihre Kompetenzen überschreiten.</p>

H.	<p>Kommunaler Gestaltungsrahmen und räumliche Vorgaben für die Prostitution:</p> <p>Sehen Sie <u>gesetzgeberischen</u> Bedarf auf <u>Bundesebene</u> hinsichtlich der kommunalen bzw. regionalen Gestaltungsmöglichkeiten für die Bereiche, in denen der Prostitution nachgegangen werden darf? (z.B. Sperrgebiete, Bauplanungs-/ Baunutzungsrecht, Ausgestaltung des Straßenstrichs etc.)</p> <p>Sperrgebietsverordnungen haben sich auf kommunaler Ebene als kontraproduktiv für die Erreichbarkeit und die Sicherheit von Sexarbeiter(inne)n erwiesen. Dementsprechend wird die Prävention dadurch erschwert und die Arbeitsbedingungen sind z.T. durch Verdrängung in abgelegene Gegenden unzumutbar und höchst unsicher.</p> <p>Eine Prostituierte klagte gegen die Stadt Dortmund nach Ausweitung des Sperrgebiets auf das gesamte Stadtgebiet. Im Urteil des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 21. März 2013, 16 K 2082/11 heißt es dazu:</p> <p>Es wird festgestellt, dass es der Klägerin im Stadtgebiet von Dortmund außerhalb des in § 1 der Rechtsverordnung zum Schutze der Jugend und der öffentlichen Anstandes im Bereich der Stadt Dortmund vom 17. Dezember 1974 (...) in der Fassung der Änderungsverordnung vom 17. Oktober 1985 (...) bezeichneten Bereichs und außerhalb der Ravensburger Straße, der Mindener Straße und Juliusstraße nicht untersagt ist der Straßenprostitution nachzugehen.“ Und weiter: „Dass Prostitution (auch Straßenprostitution) per se – aus grundsätzlichen moralischen Gründen – mit dem Jugendschutz und dem öffentlichen Anstand unvereinbar wäre, kann daher nicht angenommen werden.“ „Anders als bei einer Kleinstadt dürfte bei einer nicht nur einwohnerreichen, sondern auch flächengroßen Stadt wie Dortmund (ca. 580.000 Einwohner, ca. 280 qkm) schon eine Vermutung dafür sprechen, dass sich bei gründlicher Prüfung und kritischer Abwägung ein Platz finden lässt, an dem ohne abstrakte Gefahr für die in § 297 EGStGB genannten Schutzgüter Straßenprostitution stattfinden kann. Das flächendeckende Verbot von Straßenprostitution ist - soweit ersichtlich – jedenfalls bei nordrhein-westfälischen Städten dieser Größenordnung ohne Beispiel.“</p> <p>Im Übrigen schließen wir uns den Analysen des Bundesverbandes der Fachberatungsstellen (bufaS) an, und fordern eine Rücknahme der ausufernden Sperrgebietsverordnungen, die dem ProstG im Sinne nach widersprechen.</p> <p>Bauplanungs-/ Baunutzungsrecht müssen dem neuen ProstG angepasst werden.</p>
I.	<p>Schnittstellen zum Strafrecht: Inwieweit sehen Sie im Kontext der Regulierung von Prostitution ergänzenden strafrechtlichen Anpassungsbedarf?</p> <p>Anpassungsbedarf:</p> <p>Polizeirecht der einzelnen Bundesländer, Baurecht und Baunutzungsrecht, Steuerrecht (Aufhebung von Pauschal- und Vergnügungssteuer)</p> <p>Streichung von §§ 232 StGB (siehe E) und andere §§ StGB, die der rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Prostituierten mit</p>

	<p>anderen Erwerbstätigen widersprechen bzw. entgegenstehen.</p> <p>Die Gesetze zum Opferschutz müssen verändert werden, damit Frauen als Opfer von Menschenhandel zu größerer Anzeigenbereitschaft motiviert werden können.</p> <p>Eine Freierbestrafung lehnen wir ab. Zudem wird die Freierbestrafung in Deutschland in weiten Teilen der juristischen Fachöffentlichkeit abgelehnt, da sie für die Bekämpfung von Menschenhandel kontraproduktiv ist. Das BKA berichtet von Fällen, die durch die Unterstützung von Freiern überhaupt erst strafrechtlich verfolgt werden konnten (2012: 491 Ermittlungsverfahren; 41% suchten selbst Hilfe: Davon meldeten sich 101 allein bei der Polizei, 74 kamen in Begleitung von Freiern und 24 von Beratungsstellen). Das Strafgesetzbuch bietet ausreichend Möglichkeiten, gegen Menschenhandel und Ausbeutung vorzugehen. Eine zusätzliche gesetzliche Regelung im Kontext von Prostitution wäre eine zusätzliche Diskriminierung.</p>
J.	Weiterer Regelungsbedarf: Sehen Sie Regelungsbedarf zu weiteren Aspekten?
K.	<p>Regelungsstandort; Vollzug; Länderregelungen:</p> <p>Sollte die Regulierung des Prostitutionsgewerbes in einem eigenen Gesetz verankert werden? Oder ist eine Eingliederung in bestehende Gesetze vorzuziehen?</p> <p>Siehe oben</p> <p>Gibt es Regulierungsbereiche, die den Ländern überlassen bleiben sollten? Welche?</p> <p>Ein erweitertes ProstG sollte bundesweit auch auf lokaler Ebene entsprechend umgesetzt werden.</p> <p>Welche Behörden sollten für die Umsetzung zuständig sein?</p> <p>Siehe oben</p>
L.	<p>Zusammenfassend: Welche gesetzlichen Regelungen sind besonders wichtig bzw. unverzichtbar?</p> <p>Keine Abschaffung des ProstG, sondern eine Ergänzung bzw. Änderung zur rechtlichen und sozialen Gleichstellung von Sexarbeiter(inne)n mit anderen Erwerbstätigen. Dazu müssen dringend viele Regelungen in den unterschiedlichsten Gesetzen angepasst werden.</p>
M.	Flankierende Maßnahmen außerhalb der Bundesgesetzgebung: Welche sonstigen Maßnahmen halten Sie für notwendig, um die

	<p>psychosoziale Beratung, die gesundheitliche Beratung und Versorgung von Menschen in der Prostitution zu verbessern, um den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern bzw. für Menschen in der Prostitution die berufliche Umorientierung zu unterstützen und um Menschen in der Prostitution in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken?</p> <p>Fachberatungsstellen für Sexarbeit leisten bisher eine hervorragende Arbeit mit niedrigschwelligen, der Situation der Sexarbeiter/innen angepassten Angeboten, insbesondere auch aufsuchender Arbeit. Solche Angebote müssen gefördert und gestärkt werden. Der ÖGD mit akzeptierenden, anonymen Untersuchungs- und Behandlungsangeboten hat einen wichtigen Anteil an der gesundheitlichen Versorgung von Sexarbeiter(inne)n. Dies wird auch regelmäßig in den Epidemiologischen Bulletins des RKI dokumentiert. Auf kommunaler Ebene gibt es aufgrund von finanziellen Schwierigkeiten auch hier große Einbußen. Viele Gesundheitsämter und andere Fachberatungsstellen müssten ihr Angebot für die entsprechenden Zielgruppen erweitern oder überhaupt erst implementieren, um den Bedarf decken zu können. Es fehlt jedoch an (finanzieller) Unterstützung und Infrastruktur.</p>
N.	<p>Sonstige Anmerkungen</p> <p>In zahlreichen Umfragen wird bestätigt, dass Prostitution ist weitestgehend gesellschaftlich akzeptiert ist. Bei der Erarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes zur Nachbesserung des bestehenden ProstG ist die Einbeziehung von Sexarbeiter(inne)n und weiteren Expert(inn)en, die sich mit dem Thema befassen, dringend erforderlich.</p> <p>Bericht der Bundesregierung zu den Auswirkungen des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Prostituierten, Drucksache 16/4146 vom 25. 01.2007, S. 8</p> <p>„Kennzeichen eines freiheitlichen Rechtsstaates ist die Respektierung der autonomen Entscheidung der Einzelnen, so lange keine rechtlich geschützten Interessen anderer verletzt werden. Im weltanschaulich neutralen Staat des Grundgesetzes ist die freiwillige Ausübung der Prostitution daher solange als autonome Entscheidung vom Recht zu respektieren als keine Rechte anderer verletzt werden. Die eigenverantwortlich ausgeübte Prostitution verstößt nicht automatisch gegen die Menschenwürde der Prostituierten. Da die freie Selbstbestimmung Ausdruck der Menschenwürde ist, bestimmen der oder die Einzelne zuallererst selbst, was ihre Würde ausmacht. Selbst durch moralisch unwürdiges Verhalten würde die Menschenwürde nicht verloren gehen. Die individuelle Freiheit stößt erst dann an ihre Grenzen, wenn rechtlich geschützte Interessen andere oder der Allgemeinheit beeinträchtigt werden. Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Menschen vor den Folgen ihre Lebensentscheidung zu bewahren, die sie in freier Selbstverantwortung getroffen haben. Freiwilligkeit bedeutet im Zusammenhang mit dem sexuellen Selbstbestimmungsrecht, dass Individuen mit dem sexuellen Selbstbestimmungsrecht, dass Individuen frei über das „Ob“, das „Wann“ und das „Wie“ einer sexuellen Begegnung entscheiden können.“</p>

Presseerklärung des Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 22. 05. 2013:

„Zur Anzahl der Prostituierten in Deutschland gibt es keine fundierten statistischen Daten, es existieren lediglich verschiedene Schätzungen.“

Realistische Schätzungen, die auf Daten der Polizei in Großstädten und einiger Gesundheitsämter basieren, lassen eine Anzahl von 80.000 – 120.000 Prostituierten annehmen – mit jeweiligen Schwankungen aufgrund von aktuellen Migrationsbewegungen.